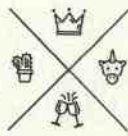


ESTD



2016

Die FRAKTION

HANNOVER

In den Sozialausschuss
 In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
 In den Verwaltungsausschuss
 In die Ratsversammlung

Geschäftsbereich
 Oberbürgermeister

13. Sep. 2018

PolS. abgeben 16:21u

Hannover, den 13. September 2018

Zusatzantrag

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der LHH zur Drucksache Nr. 2051/2018:
 Gewährung einer Anschlussfinanzierung für den Betrieb der sozialen Einrichtung Kompass
 im Gebäude der Lister Meile 2, 30161 Hannover

Soziale Einrichtung Kompass weiterfinanzierenentwickeln

Der Antrag wird dahingehend erweitert, dass die Verwaltung beauftragt wird:

1. in Abstimmung mit dem Diakonischen Werk Hannover gGmbH eine größere Immobilie für die soziale Einrichtung Kompass zu finden. Dabei ist neben der Raumgröße auf eine Nähe zum Zentrum der Innenstadt zu achten.
2. ein Konzept zu entwickeln und den Ratsgremien zur Beratung vorzulegen, wie die Landeshauptstadt Hannover zusammen mit weiteren Akteur*innen Menschen ohne Sozialhilfeleistungsansprüche durch Soforthilfe, Prävention, Beratung und Vermittlung helfen kann (über eine karitative Notversorgung hinaus).

Begründung:

Die Evaluation der sozialen Einrichtung macht deutlich, dass das Angebot weiter erhalten und ausgeweitet werden sollte. Neben neuen Öffnungszeiten und einer weiteren 0,5 Stelle sind aber noch zwei weitere Punkte näher zu bedenken, denen mit diesem Antrag Rechnung getragen wird.

Aus dem Bericht der Diakonischen Werke Hannover gGmbH geht hervor, dass die Räumlichkeiten nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprechen und kurz- bis mittelfristig ist nicht mit einer Veränderung zu rechnen ist. Im Gegenteil könnte es sogar passieren, dass durch die Weiterentwicklung des Kompasses die Räumlichkeiten noch häufiger als jetzt schon frequentiert werden.

Der Anteil derer, die über keine Sozialhilfeansprüche verfügen, ist mit Menschen aus Osteuropa mit 80 % am höchsten – die Sozialarbeiter*innen können für diese Menschen aktuell "nur" eine karitative Notversorgung anbieten. Dem folgt, dass einem Großteil der aufsuchenden Menschen weder eine Perspektive noch Stabilisierung bei Suchtmittelmissbrauch geboten werden kann, ebenso wenig eine Förderung ihrer Fähigkeiten oder des Spracherwerbs. Möchte die Landeshauptstadt Hannover diese Probleme abmildern, braucht sie hier neue Ideen, die in Form eines Handlungskonzepts der Politik präsentiert werden sollen.

Julian Klippert, Fraktionsvorsitzender

Die FRAKTION
 Wagenerstr. 9 A
 30169 Hannover

0511 168-318 32
 die.fraktion@hannover-rat.de
 www.diefraktion-hannover.de